



Mehr Informationen:  
Einfach diesen Code mit dem  
QR-App Ihres Smartphones scannen.



Mike Mohring  
CDU Fraktionsvorsitzender

## Solidarität

Kein Gemeinwesen überlebt auf Dauer ohne Solidarität. Starke Schultern müssen mehr tragen, damit die Schwächeren unterstützt werden können. Das gilt auch für die deutschen Länder untereinander. Im Länderfinanzausgleich finanzieren steuerstarke Länder jene mit, die weniger einnehmen.

Solidarität ist aber keine Einbahnstraße. Wer etwas gibt, verknüpft damit eine berechnete Erwartung: Dass derjenige, der es bekommt, alles in seiner Macht Stehende tut, auf eigene Beine zu kommen und sich nicht als Empfänger von Hilfsleistungen einrichtet. Das funktioniert im Länderfinanzausgleich nicht, weil bei Geber- und Empfängerländern Mehreinnahmen verrechnet werden und damit Leistungsanreize fehlen.

Kein Wunder, wenn sich daraus gereizte Debatten ergeben. Für einen neuen Finanzausgleich muss daher gelten: Wer mehr einnimmt, muss einen größeren Teil davon behalten können, damit es sich für beide Seiten lohnt, die eigenen Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen. Damit wird auch die Solidarität wieder zu einem Prinzip auf Gegenseitigkeit – und hat Zukunft.

# Europäische Agrarpolitik: Thüringer Großbetriebe nicht benachteiligen!



Im beherrlichen Einsatz für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft in Thüringen. Der Agrar- und Umweltfachmann der CDU-Fraktion, Egon Primas (links), im Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden Mike Mohring.

Foto: Heiko Senebald

Thüringer Landwirtschaftsbetriebe dürfen nicht benachteiligt werden, nur weil sie durchschnittlich erheblich größer sind als in anderen Teilen der Europäischen Union. Dafür setzt sich der Agrar- und Umweltpolitiker der CDU-Fraktion, Egon Primas, in den Debatten zur Neuausrichtung der

gemeinsamen europäischen Agrarpolitik nach 2013 ein. Hintergrund: Die Europäische Kommission plant, Direktzahlungen pro Betrieb zu begrenzen und je nach Betriebsgröße stufenweise zu kürzen. Für Primas ist dies ein Unding. „Direktzahlungen erhalten die Landwirte für

öffentlich erwünschte Leistungen. Die werden auf jedem Hektar erbracht, unabhängig davon, ob ihn ein kleiner oder großer Betrieb bewirtschaftet“, so der Landwirtschaftspolitiker. Augenmaß erwartet er bei dem Vorhaben, einen Teil der Zahlungen an ökologi-

sche Bedingungen zu knüpfen. „Das ist ein grundsätzlich richtiger Beitrag zum Umwelt- und Naturschutz. Erforderlich sind jedoch einfache und eindeutige Regeln, damit am Ende nicht vor allem die Bürokratie üppig wuchert“, benennt Primas den entscheidenden Punkt.

## Vorgestellt: Maik Kowalleck



Saalfelds Bürgermeister Matthias Graul verlieh Kowalleck 2011 die Bürgermedaille.

Seit 2009 gehört Maik Kowalleck als einer der jüngsten Abgeordneten dem Thüringer Landtag an. Das politi-

sche Handwerk hat er im Stadtrat von Saalfeld und Kreistag von Saalfeld-Rudolstadt erlernt. Ein ganz besonderes politisches Anliegen ist dem Vater von zwei Söhnen die Unterstützung junger Familien. Dazu gehören dauerhafte berufliche Perspektiven in Thüringen genauso wie bestmögliche Voraussetzungen in Kindertagesstätten und Schulen und finanzielle Gestaltungsspielräume für kommende Generationen. Deshalb setzt er sich im Haushaltsausschuss besonders für eine nachhaltige Finanzpolitik ein.

## Sparen durch Zusammenarbeit



Klaus von der Krone

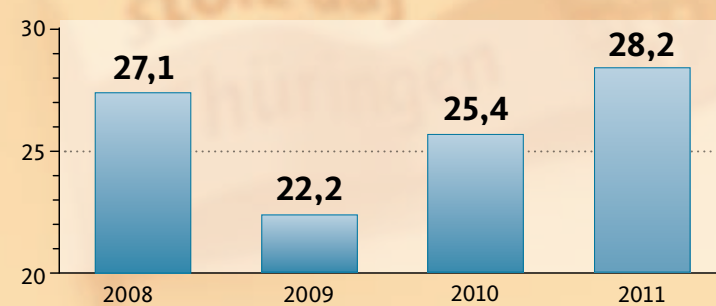
ist der Innenpolitiker Klaus von der Krone überzeugt. Nach einem Forum der CDU-Fraktion zur IKZ erklärte von der Krone: „Durch Zusammenarbeit können umfassende-

re Dienstleistungsangebote leichter aufrecht erhalten werden, Mitarbeiter, Infrastruktur und Geräte werden besser ausgelastet.“

Die CDU will nach seinen Worten die rechtlichen Rahmenbedingungen für die interkommunale Zusammenarbeit verbessern, Beratungsangebote schaffen und die IKZ auch finanziell fördern, sofern sie auf Dauer angelegt ist. Zusammenarbeiten könnten etwa Landkreise, Gemeinden oder Städte und Landkreise.

## Stolz auf Thüringen

Umsatz der Industrie in Thüringen 2008 bis 2011 (Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten in Milliarden Euro)



## Den Aufschwung verstetigen

„Die Thüringer Wirtschaft hat die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 im vergangenen Jahr endgültig hinter sich gelassen.“ Das folgert CDU-Fraktionsvize Michael Heym aus den jüngst vorgelegten Zahlen zum Industriewachstum. Die Thüringer Industriebetriebe erzielten 2011 wieder einen höheren Umsatz als vor der Krise und legten mit 11 Prozent zum Vorjahr noch einmal kräftig

zu. In den gut 870 großen Industriebetrieben mit 50 und mehr Beschäftigten arbeiteten 2011 mehr Menschen als 2008, nämlich 136 000. Um den Aufschwung zu verstetigen, setzt Heym vor allem auf eine an den Bedürfnissen des Mittelstandes ausgerichtete Förderpolitik, eine sichere und bezahlbare Energieversorgung und ein Ende der Lohnunterschiede zwischen Ost und West.

## Dr. Zeh: Staatsleistungen beibehalten

Die CDU-Fraktion hat Versuche zurückgewiesen, die Staatsleistungen an die Kirchen in Frage zu stellen. „Die Kirchen leisten einen unersetzlichen, kulturell tief verwurzelten Beitrag zur ethischen Orientierung und zum Gemeinwohl in unserem Land. Menschen suchen Antworten auf die Fragen nach der Wahrheit,

dem Sinn und dem Sein. Der weltanschaulich neutrale Staat kann und darf sie nicht geben“, sagte der für kirchenpolitische Fragen zuständige Abgeordnete Dr. Klaus Zeh. Staatsleistungen erhalten die Kirchen auf Basis geltender Staat-Kirche-Verträge, in denen deutsches Verfassungsrecht konkretisiert wird.

## Einmessung: Bürger entlastet

„Der Verzicht auf die Gebäude-Einmessung entlastet Bürger und Wirtschaft um bis zu drei Millionen Euro pro Jahr und verringert den Verwaltungsaufwand.“ Das hat der wohnungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Siegfried Wetzell, im Landtag erklärt. Er begrüßte das Vorhaben der Landesregierung, Ge-

bäude für das Liegenschaftskataster künftig durch die Auswertung von Luftbildern zu erfassen. Wie Wetzell ausführte, liegen für die bis Frühjahr 2008 errichteten oder veränderten Gebäude bereits Erfahrungen mit der Luftbilddatenauswertung vor. „Sie zeigen, dass Aktualität und Genauigkeit ausreichen“, so der Abgeordnete.

## Europa: Landtag rügt Übergriffe der EU



Kein Verständnis für europäische Vorschriften in der Krankenpflegeausbildung: Gustav Bergemann (links) und der Bildungspolitiker Volker Emde.

„Mit dem Europaausschuss erkennen wir leichter, wo die EU in die Zuständigkeit der deutschen Länder hineinregieren will und können uns wehren.“ Diese Zwischenbilanz zieht der Europaexperte der CDU-

Fraktion, Gustav Bergemann, ein halbes Jahr nach der Einrichtung des neuen Landtagsausschusses. Als jüngste Beispiele verwies er auf Versuche der Europäischen Kommission, Kommunen zu eu-

ropaweiten Ausschreibungen für Dienstleistungskonzessionen zu zwingen und für eine Ausbildung zum Beispiel in der Krankenpflege eine Schulausbildung von zwölf Jahren vorzuschreiben. „In beiden Fällen haben wir die Landesregierung zu einer sogenannten Subsidiaritätsrüge aufgefordert“, erläuterte Bergemann das Verfahren. Findet sich im Bundesrat eine Mehrheit für die Rüge, interveniert Deutschland in Brüssel. Bergemann hofft auf einen Lerneffekt durch diese Subsidiaritätsrügen. „Die EU regelt weit mehr als sie regeln muss. Davon wollen wir sie allmählich abbringen.“

## Positionsbestimmung für die nächste Fortschreibung des BAföG



## CDU für höhere Fördersätze und Freibeträge

Bei der anstehenden Fortschreibung des BAföG soll die Landesregierung sich für eine Erhöhung der Fördersätze und der Freibeträge einsetzen. Dafür haben sich die Koalitionsfraktionen in einem Plenarantrag ausgesprochen. Nach den Worten des hochschulpolitischen Sprechers

der CDU-Fraktion, Dr. Mario Voigt, strebt die Koalition weitere Verbesserungen an. So sollen Förderlücken am Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium und zwischen Studienabschnitten im Aus- und Inland beseitigt werden. Teilzeitstudierende mit Kindern sollen länger BAföG

beziehen können. In Thüringen erhielten 2011 durchschnittlich knapp 12.500 Studierende und rund 8.800 Schüler BAföG. Laut Voigt „trägt das BAföG entscheidend zur Bildungsgerechtigkeit bei und muss beständig an die Lebenssituation der Studierenden angepasst werden.“